

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

258 (5.11.1930) Badische Kultur und Geschichte Nr. 45

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 45

Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 258

5. November 1930

## Der Ludwigs-See bei Ketsch

Die Pfalzgrafen bei Rhein besaßen südlich bei Ketsch in der ehemaligen Kellerei Wersau, welche mit den Dörfern Reilingen und Gochenheim 1402 an die Pfalz kam, einen künstlich gespeisten, großen Fischweiher, den Ludwigs-See. Dieser See bildete einen wichtigen Bestandteil des pfälzischen Kammergutes und wurde gleich den zahlreichen Altwässern am Rhein zur Fischzucht verwandt. Hierüber gibt uns eine Vertragsurkunde vom 22. Februar 1604 näheren und interessanten Aufschluß.

Kurfürst Friedrich IV. von Heidelberg verpflichtete hierin den Seeknecht Hans Fischern über die dienstlichen Obliegenheiten. Die freie Dienstwohnung, das Seehaus, lag westlich vom See und wurde von der kurfürstlichen Verwaltung unterhalten. Der Seeknecht hatte die Pflicht, bei steigendem Rheinwasserstand, besonders „wenn der Karf in Reich ist“, die Rheinischleufe, das „eiserne Kess“, zu öffnen, damit die laichenden Fische in den See schwimmen konnten. Der Weiher war Tag und Nacht, seiner großen Tiefe wegen, zu bewachen, damit den Bewohnern von Ketsch und Ostersheim kein Schaden geschehe. Bei starken Regengüssen mußte das trübe Wasser der Seebach (ein Nebenarm der Kraichbach, welcher in den See floß), abgewendet werden, damit der See nicht verschlammte. Ab in Winterszeiten der See stark zugefroren, so mußte der Fischer an verschiedenen Stellen große Löcher in den See hauen, damit die Fische genügend Luft hatten. Weiterhin waren ihm die kleinen Weiher am Altrhein und die Angelbach zur Hut anvertraut. Sanft der Wasserpiegel des Rheines, so hatte er durch Herablassen des Wehres die Rückkehr der Fische in den Fluß zu verhindern.

Sobald ein niedriger Wasserstand des Sees es zuließ, mußte gefischt werden. Der Hoffischer oder Haushofmeister in Heidelberg war zu verständigen, damit Bescheid gegeben werden konnte, wohin die gefangenen Fische zu liefern waren. Anders Leuten war das Fischen mit Garnen, Angelrutten oder „andern Gezeug“ streng verboten. Die Rheinischleufe übten damals Leute aus Speyer aus. Sie mußten laut Rheinordnung mit ihren Fischerbooten drei Schiff lang vom Eingang in den Pfalzweiher bleiben, damit der Eingang frei und offen war. Bei Übertreten dieser Gebote wurden die Nichtfischerberechtigten und die Speyerischen Fischer durch das Fischer- und Schiffergericht zu Mannheim ihres Verordnungs wegen bestraft. Weiterhin oblag ihm die Aufsicht auf der „Angelwört“. Niemand durfte hier ohne kurfürstlichen Befehl Holz fällen oder nach „wildpret“ jagen und schießen.

Als Entlohnung erhielt der Seeknecht jährlich von der Kellerei Wersau 40 Gulden in Silber, ein Winterkleid, ein Paar Stiefel, 10 Malter Korn, 4 Ohm Wein und 18 Wagen Holz, welches in nächster Nähe geschlagen wurde. Heimlichkeiten mußte es der Seeknecht selbst. Das Holz für die Instandhaltung der Fischerei erhielt er besonders angewiesen. Die Haltung einer kleinen Landwirtschaft war ihm gestattet. So durfte er das ganze Jahr hindurch 8 Schweine füttern, 6 davon hatten Weidegang im benachbarten Wald, und zum besseren Auskommen durfte er ferner ein Paar Milchkuhe sein eigen nennen, zu deren Fütterung er das Gras von den Seedämmen und von einigen kleinen Wiesenstücklein in der Nähe des alten Fischerhauses nutzen durfte, „wenn solches durch den Rhein nicht erfäufet wird“.

Mit dieser Bezahlung konnte der Ketscher kurfürstliche Seeknecht wohl zufrieden sein. Die Bestallungsurkunde machte ihn zum gutbezahlten Hofbeamten. Die Rheinregulierung zu Anfang des vorigen Jahrhunderts hat die Angelwört auf die linke Rheinseite verlegt, hat die Altwasser des Rheines zugeschnitten oder vom Strom weit abgeschnitten, und mit dem Tsdoll zu Ketsch wurde es von Jahr zu Jahr weniger.

H. Pfäferer, Mörstelstein a. N.

## Heimatkurs des Landesvereins Badische Heimat in Haslach

II. (Fortsetzung)

Am zweiten Tag des Heimatkurses sprach über den „Geologischen Bau und Bergbau des Schwarzwaldes“ Universitätsprofessor Dr. Höhrer, Heidelberg.

Ausgehend von einem Überblick über den Bergbau in Baden und seiner Geschichte, sprach Universitätsprofessor Dr. Höhrer dann in der zweiten Stunde über den „Bergbau im Einzigtal“. Die am längsten bekannten Bergwerke, die man hierher rechnen kann, sind die Gruben bei der Burg Geroldsberg, die zusammen mit denen in der Ortenau durch das ganze 13., 14. und 15. Jahrhundert hindurch erwähnt werden. Im 15. Jahrhundert reden dann die Urkunden gelegentlich von den Gruben bei Haslach, Hausach und Wolfach. Die Blütezeit dieser Betriebe lag im 16. Jahrhundert. Auch im 17. und 18. Jahrhundert konnten sie sich noch halten. Die Zeit des Niederganges ist die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auch die Heranziehung ausländischer, insbesondere englischer Kapitals konnte den Zerfall nicht mehr aufhalten. Die Liquidation der letzten Gesellschaft erfolgte im Jahre 1865. Anschließend an diese geschichtlichen Ausführungen folgte eine Darstellung der Verhältnisse der Erzgänge. Der Bergmann unterscheidet nach der Mineralführung eine Anzahl sogenannter Gangformationen, deren es im Einzigtal sieben Stück gibt. Die Haupterze sind Silber-, Blei- und Kobalterze, daneben aber auch Kupfererze, Zinnober und Eisenerze. Interessant ist eine durch diese Erzvorkommen bedingte Farbindustrie, nämlich der Schmalzfabrikation, die die Kobalterze verarbeitet. Die Werte standen zwischen Schenkenzell und Wittichen und betragen bis 1740 nur einheimische Erze. Später wurden auch ausländische Erze eingeführt. Die Industrie erlosch im Jahre 1835. Eine Aussicht, je wieder einmal ertragreiche Bergwerke im Einzigtal aufzumachen, besteht nicht. Die Ursache ihres Niederganges war ihre geringe Förderung und das Steigen der Arbeitslöhne. Dadurch kamen sie im Wettbewerb mit den erheblich reicheren Gruben Amerikas, insbesondere Mexikos, in Mangel und mußten schließlich eingehen. Wenn irgendein Mineral der Gänge heute noch Bedeutung hat, so ist es der Flußspat, den unsere Eisenwerke und die chemische Industrie brauchen können, doch auch hier muß vor überspannten Hoffnungen gewarnt werden.

Der 3. Vortrag behandelte ein Thema aus der Kulturgeschichte des Schwarzwaldes: „Die Schwarzwaldbahn mit all ihren Begleiterscheinungen im Wandel der Zeit“. Der Vortragende war Hauptlehrer Flamm, Gutach. Er führte u. a. aus: Gar vieles hat sie schon erlebt und geschaut, die alte Schwarzwaldbahn, die sich seit Menschengedenken durch das Tal windet, sie war Dienerin der Vergangenheit und wird es sein in der Zukunft. Menschen kamen und gingen, Generationen fliegen auf und sanken ins Grab. Die Straße trug ihr Leid und ihre Last, still verschlossen trägt sie ewige Geheimnisse in ihrem Schoß. Sie erzitterte bereit unter dem wuchtigen Marschschritt durchziehender Kriegsvölker, sah reisende Kaufleute des Weges ziehen. Sie kannte die alten Schwarzwaldbäuer, die leidvoll der Heimat Lebwohl sagten, um in fremdem Land eine neue Heimat zu suchen. Die Straße trug die Hrenhandler ins Hrenland, brachte sie glücklich und froh, oder von der Fremde germüdet wieder heim. Auf harten Kriegswegen zogen die Schwarzwaldbäuer in die Ferne, Rot, Glend und Weiltzen fanden den Weg auf der Straße in das Tal hinein. Der alten Postkutsche Gefährt brach sich im Widerhall an den Talwänden, Reisewagen und Fuhrer aller Art bewegten sich auf der Talstraße fort. Die Bahn kam, die Straße

schien zu sterben, versank in eine Bedeutungslosigkeit, die unglaublich war. Und doch erwachte sie wieder. Das alte, längst vergessene Posthorn wachte wieder auf, ward zum Posthorn der vielen Autos, die heute die Schwarzwaldbahn bevölkern. Gestern und heute wie auch das Morgen der Schwarzwaldbahnstraße sind ein ewigwährendes Band, von dem wir Anfang und Ende nicht kennen.

Reichen Beifall erteilten mit Recht die Redner, die einen großen und dankbaren Kreis von Hörern gefunden hatten, der reich beschenkt mit Wissen und Anregungen talauf-, talen- und talabwärts heimkehrte. (Schluß folgt.)

## Der malerische Herbst im deutschen Südwesten

Das Badnerland hat nicht zu Unrecht den Ruf, mit einem besonders milden und sonnigen Herbst den Übergang zur weißen Jahreszeit zu schenken, bei welchem eine milde Temperatur mit saften goldenen Farbönen in der Natur auf die mannigfaltigen Genüsse der Reife- und Erntezeit hinweist. Warme Farböne in herblichem Braunrot zeigen auch in der beliebten Verkehrs- und Heimatzeitschrift „Badnerland-Schwarzwaldbahn“ die Reize der späten Jahreszeit. Alle Landschaften des badischen Landes kommen in wohlgelegenen Bildern dort zu Wort und reden von ihren verschiedenen Schönheiten der Natur, dem herblichen Laubwald des Odenwaldes, dem tiefen Dunkel der Tannenwälder, welche den Lauf der Schwarzwaldbahn und die neue Autobahnstraße begleiten, von dem Spiel der Wolken und des Wassers am Bodensee und Oberrhein, von den Schwarzwaldbergen mit wehenden Herden, von Schwarzwaldbauern in ihrer Armut und trauten Geborgenheit, von mittelalterlichen Fachwerkhäusern in reizenden Städten, von Nebel, Trauben und den Freuden der Weinlese. Deutschlands erstem Waisenhaus, dem Reichswaisenhaus in Laht, jener alten Stätte praktischer Nächstenliebe, ist ein Bild mit Artikeln gewidmet. Auf die dringende Frage der Elektrifizierung der badischen Bahnen weist ein weiterer Artikel hin, der durch das Bild einer modernen elektrischen Lokomotive illustriert ist. Die aktuelle Bilderberichterstattung erzählt in wohlgelegenen Aufnahmen von der Baden-Badener Schönheitskonkurrenz, vom Besuch Henry Fords in Baden-Baden, von Festlichkeiten in Bad Dürheim und vom Schützenmarkt in Wuden. Das wohl ausgestattete Heft, ein Schmuckstück moderner Heimatliteratur, ist als Probeheft durch den Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, erhältlich.

## Der Schwarzwald von oben

Eine recht anschauliche Darstellung der aus dem Rheintal mächtig aufstrebenden vielgestaltigen herrlichen Bergwelt des Schwarzwaldes und Odenwaldes gibt eine mehrfarbige Reliefkarte, herausgegeben von der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Das silberne Band des Rheines umfließt in der gewaltigen Ausdehnung vom Bodensee über Basel bis Mainz das mit einer Fülle von Natur Schönheiten gesegnete goldene Land am Oberrhein. Nur schmal sind die vom Westen nach dem Osten quer durch das Gebirge sich hindurchziehenden Täler, so daß dem Schienenweg viele Hindernisse entgegenstanden, die durch zahlreiche Viadukte und Tunnel und sonstige Kunstbauten überwunden werden mußten und so die hochinteressanten Gebirgsbahnen des Schwarzwaldes entstehen ließen. Die wertvolle Reliefkarte kann zum Preise von 20 Pf. (mit einem illustrierten Reiseführer zusammen zu 40 Pf.) durch den Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, bezogen werden.

## Neue Naturschutzgebiete in Baden

Wie das Nachrichtenblatt für Naturdenkmalspflege mitteilt, sind in Baden zwei neue Naturschutzgebiete geschaffen worden. Das eine erstreckt sich über die der Stadtgemeinde Adolfszell gehörige Halbinsel Mettnau. Geht es um eine etwa 80 Hektar große Fläche, die sich von der Südspitze der Halbinsel bis zu einem 1450 Meter entfernten Punkt am Nordufer erstreckt. Jeder Eingriff in die Bodengegestaltung, die Pflanzen- und Tierwelt ist verboten. Das zweite neue Naturschutzgebiet ist das Bollmatinger Neb, das im Bezirksamt Konstanz liegt, und das eine eigenartige Tier- und Pflanzenwelt befreit.

## Die Krebssterblichkeit in Baden

Im Auftrage des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses, von Oberregierungsrat Dr. Secht, Direktor des Statistischen Landesamtes, und Dr. Weiß, Sacharzt für Strahlentherapie am Städtischen Krankenhaus, Karlsruhe.

Baden nimmt bezüglich der Krebssterblichkeit unter den deutschen Ländern einen wenig rühmlichen Platz ein: Neben Westfalen, Schwaben und Bayern hat Baden verhältnismäßig die größte Krebssterblichkeit zu verzeichnen. Im Jahre 1928 kamen auf 10 000 Lebende in Preußen 10,0 Krebssterbefälle, in Württemberg 10,3, Sachsen 10,8, Hessen 10,9, in Baden aber 12,3.

Hierzu kommt, daß in Baden die Zahl der Krebstodesfälle absolut, wie auch verhältnismäßig in den letzten 25 Jahren bedenklich angestiegen ist. Während im Jahre 1905 erst 2058 Menschen an Krebs starben, betrug ihre Zahl im Jahre 1929 schon 2409 und im Jahre 1929 sogar schon rund 3000. Im Verhältnis zu 10 000 Lebenden haben sich die Krebstodesfälle von rund 11 im Jahre 1905 auf rund 13 im Jahre 1929 erhöht. Diese wenigen Ziffern lassen schon erkennen, daß der Krebs in unserem Lande allmählich den Charakter einer Volkskrankheit anzunehmen beginnt, deren Bekämpfung nicht allein Sache des Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses ist, sondern auch die breitere Öffentlichkeit interessieren muß.

Als eine Besonderheit des Krebses ist die Tatsache anzuführen, daß die Frauen in stärkerem Maße von dieser Krankheit befallen werden als die Männer. Im Jahre 1925 z. B. wurden auf 10 000 Lebende männlichen Geschlechts 10,6, auf 10 000 Lebende weiblichen Geschlechts dagegen 12,0 Krebstodesfälle festgestellt. Diese größere Gefährdung der weiblichen Personen besteht aber eigentlich nur im Alter von 40 bis unter 60 Jahren, in welchem die auf 10 000 Personen umgerechnete Zahl der Krebstodesfälle bei Frauen diejenige bei Männern weit übertrifft, während in den höheren Altersgruppen umgekehrt die Zahl der Krebstodesfälle bei Männern überwiegt. Die Frage, auf welche Ursache die größere Gefährdung der Frau mittleren Lebensalters für die

Krebskrankheit zurückzuführen ist, ist von der medizinischen Wissenschaft noch nicht endgültig beantwortet.

Im Gegensatz zu anderen Volkskrankheiten gefährdet Krebs im wesentlichen nur die ältere Bevölkerung. Die Fälle, in denen Personen im Alter bis zu 40 Jahren vom Krebs befallen werden, sind weniger häufig. Erst von diesem Alter an nimmt die Krebskrankheit einen größeren Umfang an, und besonders für die 50- und 70jährigen eine sehr häufig vorkommende Krankheitserscheinung zu werden. Unter den im Jahre 1929 ermittelten 9706 Gesamttodesfällen der Altersgruppe 50 bis unter 70 Jahre, waren 1694 Krebstodesfälle, d. h. 17,5 v. H. In noch höherem Alter steigt die Häufigkeit der Krebskrankheit wieder ab. Auf 9411 Gesamttodesfälle der Altersgruppe 70 und mehr Jahre kamen im Jahre 1929 nur 849 Krebstodesfälle, d. h. 9,0 v. H.

Die Ursache der Häufigkeit der Krebserkrankung ist darin zu suchen, daß das Durchschnittsalter des Menschen höher geworden ist. Der Krebs ist vorwiegend eine Erkrankung alterer Organe. Aus den Statistiken geht hervor, daß vor 50 Jahren das Durchschnittsalter des Menschen etwa 35 Jahre betrug, heute dagegen auf etwa 55 Jahre errechnet wird. Dadurch kommen mehr Menschen in das Alter, in dem der Krebs häufiger die Organe befallt. Dazu kommt noch, daß die Erkennungsmöglichkeit des Krebses infolge der besseren Diagnostik (Röntgenverfahren, Ausbau der klinischen Diagnostik) zugenommen hat.

Interessant ist die Verteilung der Krebstodesfälle auf die einzelnen Amtsbezirke. Im ganzen Land kamen im Durchschnitt der Jahre 1924/28 auf 10 000 Einwohner jährlich 12 an Krebs Gestorbene. Den Landesdurchschnitt mit 12 Krebstodesfällen auf 10 000 Einwohner hat Karlsruhe. Über diesem Landesdurchschnitt liegen 13 Amtsbezirke, nämlich Rullensdorf (18), Heidelberg (17), Staufen (16), Freiburg (16), Überlingen (16), Stodach (16), Donaueschingen (15), Engen (15), Konstanz (15), Oberkirch (15), Wehrhähle (14), Offenburg (14) und Schopfheim (13). Unter dem Landesdurchschnitt liegen 21 Bezirke, von denen die geringste Krebssterblichkeit die Amtsbezirke Ettlingen (7), Wiesloch (8), Wertheim (9), Pforzheim (9), Bruchsal (9), Mannheim (10) aufweisen. Auffallend ist, daß sich unter den Bezirken mit verhältnismäßig großer Sterblichkeit sämtliche rein landwirtschaftliche Bezirke der See-

gegen befinden, während andererseits unter den Bezirken mit der geringsten Krebssterblichkeit sehr stark industrialisierte Amtsbezirke wie Pforzheim und Mannheim sind. Die Frage, warum gerade die landwirtschaftlichen Bezirke der Seegegend der Herd der Krebssterblichkeit Badens sind, konnte noch nicht sicher geklärt werden. (Ausfaller der Bevölkerung?). Sowie ist jedoch sicher, daß von einer überdurchschnittlichen Gefährdung unserer industrialisierten Bezirke durch die Krebskrankheit, wie man so oft hört, keine Rede sein kann. Ebenso sicher ist aber, daß der Krebs auch die Bevölkerung landwirtschaftlicher Bezirke heim sucht, wenn die diese Krankheit fördernden Bedingungen, die wir noch nicht kennen, vorhanden sind.

Unter den einzelnen Formen des Krebses kommt der Krebs der Verdauungsorgane bei weitem am häufigsten vor. Im den Zeitabschnitt von 1905/28 starben z. B. in unserem Lande an dieser Krebsform 42 954 Personen, d. h. drei Viertel aller Krebstodesfälle. An zweiter Stelle steht der Krebs der Geschlechtsorgane mit 8259 Todesfällen, der besonders bei Frauen häufig auftritt; es folgen dann der Krebs des Harnapparates mit 1494, der Krebs der äußeren Bedeckungen (Hautkrebs usw.) mit 1388, der Krebs der Atmungsorgane mit 1359 und sonstige Krebsformen mit 1381 Todesfällen. Die Gesamtzahl der in Deutschland 1927 verstorbenen Personen betrug 757 020. Davon entfielen auf Lungentuberkulose 49 635 (24 197 männlichen, 25 438 weiblichen Geschlechts) auf Krebs, und andere Neubildungen 77 063 (34 224 männlichen, 42 839 weiblichen Geschlechts).

Welche Fortschritte die Krebskrankheit aber in den letzten Jahren in Baden gemacht hat, beweist am besten die Tatsache, daß der Krebs heute unter den Todesursachen, abgesehen von der Altersschwäche, an erster Stelle steht. Viele Fragen, die mit der Krebsbekämpfung zusammenhängen, harren noch der Lösung. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß der Landesverband zur Bekämpfung des Krebses in Baden seine ganze Kraft einsetzt, um diesem „Krebschaden“ an der Volksgesundheit zu Leibe zu gehen. Innerhalb weniger Jahrzehnte ist es uns dank rücksichtsloser Bekämpfung durch Fachverbände und öffentliche Fürsorge gelungen, die Tuberkulosesterblichkeit einzubämmen und herabzusetzen. Sollten die gleichen schönen Erfolge nicht auch bei der Krebsbekämpfung möglich sein?

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamteneinigungen

Nr. 45

ersch. jeden Mittwoch und Sonnabend für 10 Reichsmark für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichsmark zugl. Porto  
vom Verlage Karlsruhe, Carl-Heinrich-Str. 14, bezogen werden.

5. November 1930

## Der 7. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes

II.  
Der bisherigen Sitzung entsprechend war der zweite Verhandlungstag der Entgegennahme bedeutsamer Vorträge aus dem Munde oberster Regierungsvertreter gewidmet und gestaltete sich auch diesmal zu einer besonderen Kundgebung.

In der Eröffnungsansprache bemerkte **Bundesvorsitzender Klügel**: Die Beamtenschaft sei gern bereit, alle Bemühungen zu unterstützen, die, auf breiter Basis unternommen, die Not unserer erwerbslosen Volksgenossen zu beseitigen geignet sind. Diese hilfsbereite Einstellung werde nicht im mindesten berührt durch die Ablehnung der im Rahmen des Wirtschaftsplans und Finanzplanes vorgesehenen Sonderbelastung.

Als erster Redner sprach **Johann Reichstagspräsident Läß**, der u. a. ausführte, die Beamten könnten das ihnen zugemutete Opfer tragen, wenn drei Bedingungen erfüllt seien:

Erstens **keine Ausnahmehandlung** gegenüber sonst gleichgestellten Volksschichten (Beifall), zweitens **Gerechtigkeit** in der Abstufung der zugemuteten Opfer (erneuter Beifall) und drittens **Schutz der Bedürftigen**, also der untersten Schichten des Beamtentums (lebhafter Beifall).

In Erläuterung dieser Bedingungen bemerkte der Redner, die Beamten würden mit Recht darauf hinweisen, daß neben ihnen und über ihnen so viele Privatbeamte, Direktoren, Leiter und Beamte industrieller und kaufmännischer Unternehmungen stehen, die nicht das Drei- und Vierfache, nein, oft das Zehnfache bis zum Hundertfachen ihrer Bezüge haben, und daß es keine Gerechtigkeit ist, sie vom Notopfer freizulassen (lebhafter Beifall).

Als Vertreter der preussischen Regierung sprach **Staatssekretär Weismann**.

Er betonte, die preussische Regierung könne ihre Aufgabe, nach Kräften zu ihrem Teil dazu beitragen, daß unser großes Vaterland sich in friedlicher Kultur- und Wirtschaftsentwicklung wieder emporringt und daß eine kommende Generation einmal glücklicher wird als die jetzige, die Krieg, Nachkriegszeit, Inflation und Wirtschaftskrise über sich ergehen lassen mußte, nur dann leisten, wenn ihr eine bewährte, intelligente und integre Verwaltung zur Seite steht.

Zum Hauptteil der Tagesordnung übergehend, erhielt **Professor Dr. Wiedenfeld** das Wort zu seinem Vortrag:

„Der Weltmarkt und die Probleme der Unternehmungs-gestaltung“.

Er führte aus: „Das von mir zu behandelnde Thema dürfte den Beamten nicht gerade sehr geläufig sein. Wie unsere Gehälter nicht nach den Gesetzen des Wettbewerbs bemessen werden, so stehen sich auch die Ansichten der Beamten vielfach scharf entgegen. Es gibt keine Weltmarktpreise, aber es gibt doch einheitliche Preisbewegungen über die ganze Erde hinweg. Die Preise Amerikas wirken hinüber nach Europa. Die Ernten Südamerikas sind ausschlaggebend für die Getreidepreise der ganzen Welt. Frei von Weltmarkteinflüssen ist nicht ein einziger Rohstoff, selbst nicht ein einziges Fertigfabrikat. Die Preisentwicklung vollzieht sich heute in ganz anderer Weise als früher in der Naturalwirtschaft. Damals wurden die Preise nach den Produktionskosten bestimmt, heute ist es umgekehrt: Die Produktionskosten richten sich nach den Preisen. Das stehende Kapital, das in Maschinen und Gebäuden angelegt ist, hat eine besondere Bedeutung, weil es produzieren kann, ohne immer die Anschaffungskosten zu berücksichtigen. In die Gestaltung des Preismarktes, der seinen Einfluß über die ganze Erde ausstreckt, wird auch Deutschland mit einbezogen. In Gestalt von Konzernen und Syndikaten geht man den Zielen der Markunabhängigkeit oder gar der Marktherrschaft nach. Für alles, was von weither kam, mußten wir früher Luxuspreise zahlen, heute haben Entfernungen ihre Bedeutung verloren. Was wir heute einführen, heißt nicht mehr Luxuscharakter, sondern ist dringende Lebensnotwendigkeit für das Volk geworden. Wer nehmen will, muß aber auch geben. Weil wir einführen müssen, müssen wir auch ausführen, und zwar Fabrikate und Leistungen, die unseren kulturellen Zuständen entsprechen; wir können uns nicht frei machen vom Weltmarkt mit seinen Eigentümlichkeiten.“

Die Umkehrung des Verhältnisses zwischen Produktionskosten und Preis in der neueren Zeit bedeutet die Tendenz auf Vergrößerung des Betriebes, denn nur vollausgenutzte Maschinen ermöglichen Preisermäßigung durch Kostenersparnis. Mit Hilfe technischer Organisation läßt sich also eine Preisbeeinflussung erreichen. Je größer die Betriebe, desto schwerer ist es aber, die Bürokratisierung zu vermeiden. Die Palme auf dem Gebiete der Bürokratisierung gehört weit über den großen Privatunternehmungen als den großen Staatsbetrieben. Das Fertigfabrikat ist von den Preisbewegungen viel weniger abhängig als der Rohstoff. Der Brotpreis wird vom Getreidepreis heute kaum noch wesentlich beeinflusst. Durch Kartelle und Syndikate sucht man heute zu einer möglichst gleichmäßigen Preisgestaltung zu gelangen. Es sind die losen Preisconventionen, die nicht mehr halten können, was man von ihnen erwartet, während die großen Syndikate oft starken Einfluß ausüben vermögen. Allein auf die chemische Industrie entfallen in Deutschland etwa 800 Kartelle, weil jedes Kartell nur einen einzigen Artikel umfaßt. Am 31. Dezember 1929 gab es in Deutschland 11 000 Aktiengesellschaften mit 24 Milliarden Reichsmark Kapitalbesitz. Von diesen 11 000 haben 8000 ein Kapital von noch nicht 1 Million Reichsmark mit insgesamt 2 Milliarden Reichsmark, dagegen allein 130 Aktiengesellschaften ein Kapital von mindestens je 20 Millionen Reichsmark mit insgesamt 12 Milliarden Reichsmark. Die Hälfte dieser großen Unternehmungen, nämlich 70 mit einem Kapital von 5 1/2 Milliarden, entfällt allein auf Bergbau und Schwerindustrie. Die Zahl der Aktiengesellschaften bleibt aber weit zurück hinter den Millionen von Unternehmungen, die im ganzen in unserer Wirtschaft stehen. Die Farbenindustrie mit 1 Milliarde Kapital ist keineswegs eine Konzentration der gesamten chemischen Industrie, sondern nur ein ganz beschränkter Zweig dieser Industrie. Die I. G. Farben umfaßt noch nicht die Hälfte der gesamten chemischen Industrie. In der Wirtschaftsorganisation sind die Hemmnungskräfte meist weit stärker als die Konzentrationskräfte. Eine Verkünderung zwischen der deutschen und der englischen Kohlenwirtschaft ist bisher deshalb nicht zustande gekommen, weil die deutschen die

englischen Bergbaubetriebe unter völlig verschiedenen Produktionsbedingungen arbeiten. Nur ein Weltmonopol gibt es, das Glühlampenmonopol. Die größte Hemmnungskraft liegt überall in den leitenden Personen. Auch in dieser Beziehung steht es in den Privatbetrieben eher schlimmer aus als in den Staatsbetrieben. Der Nestortkampf wird weit übertroffen von dem privaten Wettbewerb aus persönlichem Ehrgeiz. Trotzdem ist es falsch, von einer „Anarchie der Weltwirtschaft“ zu sprechen. Allerdings hat sich einseitig das Chaos, das der Krieg und die Nachkriegszeit herbeigeführt haben, bisher noch nicht wieder in eine geregelte Entwicklung hinüberführen lassen. Bis zum Kriege zeitlich jedoch die internationale Produktionsteilung, die sich nicht zuletzt innerhalb der Industrie geltend gemacht hat, eine deutlich erkennbare Linie, einen „Plan“, also, auch wenn er nirgends formuliert und von keiner besonderen Stelle etwa getragen wurde, mehr Planmäßigkeit jedenfalls und Beachtung der wirtschaftlich wirksamen Kräfte als jenes Schema, das man bei uns Planwirtschaft getauft hat.“ (Beifall.)

Anschließend führte **Reichsinnenminister Dr. Wirth**,

freundschaftlich von der Versammlung begrüßt, in großangelegter Rede über

„Das deutsche Berufsbeamtentum im Volksstaat der Gegenwart“

folgendes aus:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gern und dankbar bin ich Ihrer Aufforderung gefolgt, aus Anlaß Ihrer 7. Bundestagung zu Ihnen über das Berufsbeamtentum im Volksstaate zu sprechen. Wird mir doch dadurch gewünschte Gelegenheit, als Reichsbeamtinnenminister in einem für das Berufsbeamtentum besonders wichtigen Zeitabschnitt zu seinen Vertretern ein offenes Wort zu sagen. Über das Wesen und die Bedeutung des Berufsbeamtens im heutigen Volksstaate,

über seine Aufgabe, in der Erscheinung Flucht der unerschütterliche und unbeeinträchtigte, der treusorgende und unbeteiligte Diener der Gesamtheit und zugleich deren schicksalverbundene Teil zu sein, ist so vielfach, eingehend und geistvoll geschrieben und gesprochen worden, daß ich all das als bekannt voraussetzen und heute zu behandeln mir ersparen darf. Ich möchte es vielmehr heute vorziehen, mich mit Ihnen im Rahmen des von mir gewählten Themas mehr über aktuelle Dinge zu unterhalten, die gerade in diesem, wie Sie alle wissen, durch die allgemeine politische Lage besonders gestalteten Fragefeld für Sie von besonderem Interesse sind und sein müssen.“

Und da möchte ich zunächst ein Mißverständnis ausräumen, das, wie ich fürchte, entstanden ist, ohne begründet zu sein.

Die Beamtenschaft möchte eine Erwähnung und besondere Stellungnahme zum Berufsbeamtentum

beim Antritt einer neuen Reichsregierung nicht vermischen. Sie erwartet sogar, um es offen zu sagen, ein ausdrückliches Bekenntnis zum Berufsbeamtentum. Die Stellungnahme der gegenwärtigen Regierung zum Berufsbeamtentum und ihre Überzeugung von dessen Notwendigkeit sind besonders nachdrücklich erfolgt. Aber es gibt Dinge, die am besten mehrmals gesagt werden, die man dem Gedächtnis der Öffentlichkeit einprägen muß. Also lassen Sie mich mit aller Deutlichkeit sagen: Die Regierung hält am Berufsbeamtentum fest und sieht wie ihre Vorgängerinnen in ihm eine Hauptstütze und einen treuen Verbündeten, auf dessen Hilfe bauen sie die schwere Aufgabe auf sich genommen hat, Deutschland aus den Nöten und Bedrängnissen der Gegenwart, deren Geschwörer sie am allerwenigsten verkennt, herauszuführen. Meine Damen und Herren, ich hoffe und vertraue, daß die Beamtenschaft am Glauben an diesen Standpunkt der Regierung festhält. Gewiß, der Beamtenschaft wird in dieser Zeit viel, reichlich viel zugemutet, was schmerzhaft in ihre Interessen eingreift. Aber wahrlich, die Regierung hätte sich zu solchen Maßnahmen nicht entschlossen, wenn sie eine andere Möglichkeit zur Rettung der Lage gesehen hätte. (Sehr wahr!) Wo die Gesamtheit in ihren Lebensbedingungen erschüttert wird, kann nicht ein einzelner Berufsstand unberührt davon bleiben, am wenigsten der Beamtentum, der am stärksten in der Gesamtheit wurzelt und dessen Mitglieder durch den Eintritt in ihm sich dazu bekannt haben, den ehren-, aber auch entscheidungsvollen Dienst an der Gesamtheit auf sich zu nehmen.“ (Fortsetzung der Rede des Reichsinnenministers in der nächsten Nummer)

**Jahrbuch für Zahn- und Körperpflege 1931** (Verlag Zahn- und Körperpflege, Karlsruhe, Kaiserstr. 12). Dieses Jahrbuch verfolgt den Zweck, möglichst weite Kreise über die Wichtigkeit einer geeigneten Mund- und Zahnpflege, wie auch über die Notwendigkeit einer guten Körperpflege und Ernährung zu unterrichten, um besser als bisher zu beleuchten, von wem welcher Schaden Unterlassungssünden auf diesem Gebiete für den gesamten menschlichen Organismus sind. Darüber hinaus befaßt sich das Buch mit Gymnastik, Sport und Spiel, um immer wieder auf deren Einflüsse in bezug auf das Wohlbefinden des menschlichen Körpers hinzuweisen. Der Einzelpreis beträgt 50 Pf.

## Staatslotterie

Die Erneuerungsfrist zur 2. Klasse der  
**36./262. Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie**  
läuft am 14. November 1930 ab. Bei der Erneuerung ist das Los der 1. Klasse vorzulegen.  
Es sind noch einige Kauflose vorrätig.

Die staatlichen Lotterie-Einnehmer  
in Karlsruhe. R. 701

## 2. fachwissenschaftliche Woche für Justizbeamte

Am Montag, den 20. Oktober, wurde in der Berliner Universität die von der Verwaltungsakademie Berlin veranstaltete zweite fachwissenschaftliche Woche für Justizbeamte eröffnet. Die Veranstaltung, die alljährlich im Herbst stattfindet, bezweckt die Fortbildung der Beamten des oberen Justizdienstes auf einem jeweils besonders ausgewählten Teilgebiet des Rechts. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden in der diesjährigen zweiten Woche, an der wiederum etwa 200 Justizbeamte teilnehmen, Probleme des Familienrechts und des Vormundschaftswesens behandelt. Nach einer Begrüßungsansprache des Präsidenten der Verwaltungsakademie, **Reichsjustizminister a. D. Dr. h. c. Schiffer**, begrüßte der Staatssekretär im Preussischen Justizministerium **Höfcher** die Teilnehmer im Namen der Preussischen Justizverwaltung und hielt im Anschluß daran die Einführungsverlesung über das Thema „Der Beamte im heutigen Recht“.

Der Bezirksverein Karlsruhe des deutschen Postverbandes der ältesten Postbeamtenorganisation Deutschlands, hielt am 12. Oktober im Postbeamtenheim „Tannenhof“ in Baden-Baden einen ordentlichen Bezirksstag ab, der trotz des schlechten Wetters sehr gut besucht war.

Zu den das Berufsbeamtentum hauptsächlich bewegenden Fragen nimmt der Bezirksstag wie folgt Stellung:

Wir erkennen an, daß die bestehende Notlage des Reiches besondere Maßnahmen erfordert. Diese Notlage kann aber niemals durch eine einseitige Belastung der Beamtenschaft behoben werden. Die eingeführte Reichsbilanz und die beschlossene Gehaltskürzung führen nur zu einer weiteren Verschärfung der Beamtenschaft, insbesondere der mittleren und unteren Gruppen und vermindern deren Kaufkraft zum Schaden der Wirtschaft.

Diese für die Beamtenschaft untragbaren Sonderbelastungen lehnen wir deshalb entschieden ab. Dagegen fordern wir:

1. Schärfste Bekämpfung der Kapitalflucht.
2. Stärkere Heranziehung aller kapitalkräftigen Stände und Körperschaften zur Sanierung der Reichsfinanzen.
3. Wirksame Maßnahmen zur Senkung der Preise.
4. Vereinigung des Beamtentums von nicht lauffähnmäßig vorgebildeten Personen.

## Zeitschriftenschau

**Zeitwende. September- und Oktoberheft.** Über die beiden letzten Hefte der „Zeitwende“ zu berichten, ist mir wieder ein besonderes Vergnügen. Sie zeichnen sich aus durch die gewohnte Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit ihrer interessanten Berichte. Nur einiges aus der Fülle zähle ich hier auf: Oscar Bruhn: „Meine ungewollte Sibiriensfahrt“ mit ihren erregenden Bildern aus Rußland zur Zeit des Aufkommens des Bolschewismus und der Kämpfe der weißen Armee. Die kleine, aber innerlich große, harte Tragödie von Tim Klein „Sergeant Wiggers“. Der Schluß von Leo Frobenius' „Indischen Reiseberichten“ in dem der Zusammenhang der altindischen Mythologie mit azyklischen Vorgängen dargelegt wird in anschaulicher, farbenreicher Darstellung. Eine warme Rede von P. Altbaus „Die soziale Verpflichtung des Studenten“, Walter Harburger „Die neue Kunst und das neue Weltbild“, eine geistvolle, tiefe Betrachtung über die Wandlungen der Kunst und der Kunst überhaupt innerhalb der letzten 30 Jahre, J. Schattmann „Die amerikanische Wirtschaft am Scheideweg“. Ein kleiner Aufsatz „Deutsche Diplomaten“ enthält schwere Anklagen gegen einige derselben zur Zeit des beginnenden Weltkriegs. Nachdem der schöne Roman von Anna Schieber „Das große Ich“ im Septemberheft zu Ende geführt wurde, enthält das Oktoberheft den Anfang einer „Münchener Schelmengeschichte“, Das Bildnis des Fräuleins von Hildebrandt von Langer. Von den Bildern erwähne ich als besonders ergreifend den König Lear von Peter Trumm. Viele wertvolle Beiträge konnte ich gar nicht nennen. Alles in allem: Auch diese beiden Hefte der Zeitwende bemerken wieder den guten Ruf dieser ausgezeichneten Zeitschrift für das gebildete evangelische Haus.

**Königliche illustrierte Zeitung. „L. E.“** Die Geschichte des berühmtesten politischen Abenteuerers unserer Zeit, des ungekrönten Königs von Arabien, L. E. Lawrence, schildert die Königliche illustrierte Zeitung in ihrem neuesten Heft (Nr. 43). Mit 30 Jahren gründete er drei Reichreiche im Osten. Während des Kriegs, Anfang 1916, verschwindet Lawrence von seinem Posten. Seine nächsten Vorgesetzten wußten nur, daß er nach London zum Kriegsministerium gerufen wurde. Ende des Jahres tauchte er als Leiter der Dolmetschschule in Kairo auf. Inzwischen hatte er sich bei Freund und Feind den Titel: „Englands bester Spion“ verdient. In Arabien inszenierte er einen Aufstand. Hundert Geister hat dieser Mann. Viel hat man schon in der Öffentlichkeit von ihm gehört, aber noch nie wurde sein Leben so zusammenhängend dargestellt, wie es jetzt die Königliche illustrierte Zeitung mit Bildern veranschaulicht.

Das Remelland ist jetzt in aller Munde. Es ist dringend nötig, daß die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit durch eine objektive Darstellung über die politischen Verhältnisse des Remelgebietes unterrichtet werden. Es ist daher zu begrüßen, daß der stellvertretende Vorsitzende des Reichsdeutschen Remellandbundes, Dr. Felix Worchardt, eine Sonderchrift „Das politische Schicksal des deutschen Remellandes in den ersten 10 Jahren nach Versailles“ als Sonderdruck aus dem 3. Band des Werkes „10 Jahre Versailles“ (herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände und dem Deutschen Schutzverband) erscheinen läßt. Die Schrift ist beim Remellandverlag, Berlin-Romante, Lessingstraße 40, zum Preise von 1 M erhältlich.

In lebensschmerzlicher, rein politischer Betrachtungsweise werden in dieser, von einem wirklichen Kenner der Dinge verfaßten Schrift die Gründe für die Abtrennung des Remellandes, die Wahrheit über den litauischen Einbruch und die Verichterstattung der verschiedenen Kommissionen der alliierten Mächte und des Völkerbundes über die Remelfrage dargestellt. Die Schrift gibt auch eine Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer geschichtlichen Entwicklung unter Hinweis auf die Tatsache, daß das Remelgebiet niemals zu irgendeinem litauischen Staat gehört hat, und daß Remell die älteste deutsche Stadt in Ostpreußen war. Sie weist endlich nach, daß die litauische Souveränität von vier Großmächten, nämlich von Deutschland, Amerika, Rußland und Polen, durch keinerlei völkerrechtliche Verträge anerkannt worden ist, vielmehr zwei dieser Staaten sogar seinerzeit hiergegen ausdrücklich protestiert haben.